

## V. Schlussbetrachtung

---

»Mag sein, daß die Gemeinschaftsküche nur eine Zeiterscheinung ist, geboren aus der Not der Gegenwart. Trotzdem will es scheinen, als ob sie sich die Zukunft erst recht erobern wollte. Es zeigt sich eben auch hier wieder, daß der Krieg die Menschen anders zu machen beginnt.«

»Gemeinschaftsküchen«, in: *Die Zeit*, 15. April 1917.

### 1| Resümee

Die außerhäusliche (Mittags-)Mahlzeit, die schon im Zuge der massenhaften Fabrikarbeit und der veränderten Reproduktionsbedingungen in den Jahren vor dem Krieg allmählich trotz verbreiteten Widerstands in der Gesellschaft an Bedeutung gewann, erlebte durch den Krieg und die zunehmende Not innerhalb kurzer Zeit einen beträchtlichen Aufschwung. In Wien und Berlin öffneten zwischen 1914 und 1918 mehrere Hundert Großküchen und Speisestellen, die in Zeiten der schlimmsten Not von Hunderttausenden Großstädtern täglich in Anspruch genommen wurden. In der österreichischen Hauptstadt besuchten gegen Ende des Krieges sogar rund eine halbe Million Menschen täglich die öffentliche Massenverpflegung. Neben den ärmeren Schichten, die von jeher im täglichen Kampf gegen den Hunger auf öffentliche Versorgungsangebote angewiesen waren, gerieten nun auch verstärkt Angehörige des Bürgertums und vor allem des Mittelstandes in eine für sie bislang unbekannte Notlage, die sie zur Inanspruchnahme der Kriegsküchen zwang. Da nicht wenige von ihnen dies als ein Symbol des persönlichen sozialen Abstiegs sahen, suchten sie gezielt Speiseeinrichtungen auf, die ihrem höheren sozialen Status gerecht wurden. Die Entwicklung der Massenverpflegung während der Kriegszeit zeigt, dass die Vorbehalte gegen den Gang in die öffentliche Großküche nicht allein durch die zunehmenden Notverhältnisse überwunden wurden, sondern das Ausmaß des Zuspruchs für die Massenverpflegung auch ein Ergebnis des organisatorisch-administrativen Handelns der Stadtverwaltungen und deren Umgang mit den soziokulturellen Verhältnissen in der Bevölkerung war.

In Anbetracht des breiten und in der Form nie dagewesenen Aufgabenspektrums, das die Stadtverwaltungen beider Hauptstädte seit dem Kriegsausbruch bewältigen mussten, leisteten die kommunalen Behörden in den Bereichen der Notstandsfürsorge und der Massenverpflegung einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zum Überleben unzähliger Menschen. Die Entstehung der umfangreichen Massenspeisungssysteme unter dem Druck der kriegswirtschaftlichen Verhältnisse und dem damit verbundenen eingeschränkten Handlungsspielraum der Kommunalbehörden verdeutlicht, zu welchen außerordentlichen Leistungen die überwiegend improvisierenden Kriegsverwaltungen imstande waren.<sup>1</sup> Das von vielen Zeitgenossen beklagte und von der gegenwärtigen Forschung konstatierte Versagen der städtischen Entscheidungsträger auf dem Gebiet der Nahrungsversorgung trifft zumindest im Hinblick auf die Herausbildung der umfassenden Massenspeisungssysteme nicht zu. Doch das bloße Vorhandensein der von den Staatsbehörden vielfach als »Allheilmittel« angesehenen Großküchen sicherte noch nicht die breite Versorgung der notleidenden Massen; entscheidend war die Akzeptanz der Bevölkerung. Maßgebend dafür waren die Ausgestaltung der Verpflegungseinrichtungen und die Anpassungsfähigkeit an die kriegswirtschaftlichen Bedingungen. Als fester Bestandteil der städtischen Ernährungswirtschaft war sie auf ein verlässliches Regierungshandeln der Staatsbehörden angewiesen. Sowohl in Berlin als auch in Wien blieb die notwendige staatliche Unterstützung jedoch aus, so dass das situativ-improvisierte Handeln der Kommunalbehörden letztlich ausschlaggebend für die Entwicklung des Massenverpflegungswesens war. Essentiell war hierbei das Zusammenspiel mit den lokalen Frauenorganisationen und der erfahrenen Philanthropie, ohne die die Großküchenprojekte nicht umsetzbar gewesen wären. Zwar gelang es weder den Wiener noch den Berliner Verantwortlichen, die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung vom Nutzen der »Massenküche« zu überzeugen, doch konnten die Organisatoren der Wiener Großküchen im direkten Vergleich mehr Menschen für die Inanspruchnahme des öffentlichen Speiseangebots gewinnen.

Dass die gesellschaftliche Akzeptanz der Massenverpflegung in Wien größer ausfiel, war nicht zuletzt das Ergebnis des entschlossenen und gemeinschaftlichen Vorgehens der Stadtverwaltung. Sie nahm von Anfang an eine führende Rolle in der städtischen Küchenversorgung ein, legte Richtlinien fest, begleitete die Vorgänge in den Küchen und nahm ohne Hilfe der staatlichen Behörden Veränderungen vor. Trotz ihres begrenzten Handlungsspielraums war die Gemeindeadministration von der Maßnahme der Massenversorgung und vom eigenen Vorgehen überzeugt. Im Vergleich zur Berliner Volksspeisung war das Wiener Küchensystem im Sommer 1916 klein, doch es hatte den Vorteil, dass das Küchennetz beliebig und bedarfsorientiert ausgebaut werden konnte. Durch die Kooperation mit verschiedenen Speiseanbietern wurde das System den unterschiedlichen Bedürfnissen in der Bevölkerung gerecht. Relevant für die Akzeptanz der öffentlichen Verpflegung war aber nicht nur die Vielfalt des Angebots. Auch die Beständigkeit

1 Seitens der historischen Forschung verdient das Leistungsvermögen der Kommunalverwaltungen während der Kriegszeit größere Aufmerksamkeit. Während die Leistungen der Wiener Kriegsverwaltung in den vergangenen Jahren verstärkt in den Blick genommen wurden, fehlt für Berlin nach wie vor eine umfassende Würdigung des Wirkens der kommunalen Behörden und insbesondere der Verdienste WERMUTHS als Kriegsbürgermeister.

des Wiener Küchensystems spielte eine Rolle. Im Gegensatz zu Berlin mit seiner Massenversorgungskehrwende im Sommer 1916 hielt Wien an seinem Küchensystem fest und »optimierte« das Versorgungsnetz während der vier Kriegsjahre. Durch die kontinuierliche Fortführung des Küchensystems hatte die Bevölkerung Zeit, ihre verbreitete Befangenheit gegenüber der Großküche abzulegen und sich an das bestehende Versorgungsnetz zu gewöhnen.

Die Berliner Stadtverwaltung hingegen betrachtete die Massenverpflegung ab 1916 nicht mehr als gemeinschaftliche Aufgabe und verzichtete auf die Expertise privater Speiseanbieter. Das Volksspeisungssystem wurde innerhalb weniger Wochen eingerichtet, wobei die Wünsche potentieller Besucher nicht berücksichtigt werden konnten. Die Verantwortlichen glaubten, dass mit der »Küche für jedermann« eine gerechte und gleichmäßige Versorgung einherginge. Gegenüber Wien blieb Berlin nach der Einrichtung des großangelegten Versorgungssystems kein Spielraum mehr, die Küchen an die Bedürfnisse der Bevölkerung anzupassen. Darüber hinaus herrschten in der Stadtverwaltung während des gesamten Krieges Zweifel am Nutzen der öffentlichen Massenverpflegung vor, die der Berliner Bevölkerung nicht verborgen blieben und letztendlich auch zur Ablehnung der Volksspeisung beigetragen haben dürften. Das weitere Fortbestehen zahlreicher Notküchen wie ABRAHAM'S Mittelstandsküchen sowie deren hohe Inanspruchnahme bestätigen, dass die Berliner durchaus bereit waren, vom öffentlichen Mahlzeitenangebot Gebrauch zu machen, wenn sie beim Besuch der Einrichtungen ihre soziale Identität gewahrt sahen.

Im Gegensatz zu Wien fehlte es der Berliner Volksspeisungsorganisation ganz allgemein an kommunaler Eigenständigkeit, Entschlossenheit, Anpassungsfähigkeit und Kontinuität – allesamt Faktoren, die eine höhere Inanspruchnahme der Küchen begünstigten. Das Wiener Kriegsküchenwesen erfüllte alle diese Eigenschaften. Dies war jedoch weniger das Resultat eines bewusst strukturierten Vorgehens der Stadtverwaltung, sondern vielmehr das Ergebnis eines durch den begrenzten Handlungsspielraum der Stadt erzwungenen improvisierten Handelns. Der Mangel an administrativen Handlungsmöglichkeiten begünstigte in Wien eine vergleichsweise »effiziente« Entwicklung der Massenversorgung.

Die unterschiedliche Entwicklung des Massenverpflegungswesens, die spätestens ab der zweiten Kriegshälfte im zunehmenden Maße deutlich wurde, setzte sich schließlich in den Jahren nach dem Krieg fort. Obwohl beide Städte gleichermaßen nach 1918 von einer unvorstellbaren Hungersnot beherrscht wurden, erlebten nach dem Krieg die Wiener Kriegs- und Gemeinschaftsküchen einen deutlich größeren Zulauf als ihre Berliner Pendanten. Dennoch blieb die öffentliche Massenverpflegung sowohl im Wiener als auch im Berliner Stadtbild keine »Zeiterscheinung« des Krieges. Durch die umfangreichen internationalen Kinderhilfsaktionen erfuhr die »Massenküche« in den unmittelbaren Nachkriegsjahren eine verstärkte Ausdehnung. Die ausländischen Massenverpflegungsprogramme verhinderten nicht nur »eine totale humanitäre Katastrophe«<sup>2</sup>, sondern schufen auch in organisatorischer Hinsicht hervorragende Voraussetzungen für

---

2 PFOSE/WEIGL, Stunde Null, S. 93.

ein Fortbestehen der Massenverpflegung.<sup>3</sup> Durch sie ergaben sich für die Stadtverwaltungen neue Möglichkeiten, um die von Unterernährung und wirtschaftlicher Not betroffenen Bevölkerungskreise sowohl von der Zweckmäßigkeit der allgemein unbeliebten Großküche zu überzeugen als auch den dieser inhärenten Kriegscharakter abzulegen. Dass die kommunalen Behörden nach dem Krieg an der kollektiven Massenverpflegung festhielten, lag nicht allein an der fortwährenden unzureichenden Ernährungslage. In beiden Städten übernahmen die sozialdemokratischen Parteien die politische Verantwortung und damit den desaströsen »Nachlaß des verlorenen Krieges«<sup>4</sup>.

Die Sozialdemokratie befürwortete seit jeher die Gemeinschaftsverpflegung und war von der ernährungswissenschaftlichen Effizienz und »Technik der großen Küche« überzeugt, da diese eine Entlastung des Privathaushaltes und damit einhergehend eine »Erlösung« der zum Familieneinkommen beitragenden (Arbeiter-)Frauen darstellte.<sup>5</sup> Die Sozialdemokraten unterstützten die während des Krieges ergriffenen kommunalen Maßnahmen auf dem Gebiet der Massenverpflegung und den später einsetzenden Staatsinterventionismus, betrachteten sie den Krieg doch als ein Ereignis, dessen Eigendynamik dazu beitragen konnte, einen Teil der sozialistischen Reformen durchzusetzen und die Überwindung der bürgerlichen Gesellschaft voranzutreiben.

Hatten die Sozialdemokraten während der Kriegsjahre nur mäßigen bis gar keinen Einfluss auf die Ausgestaltung der viel beklagten Massenverpflegung, befanden sie sich nach dem Ende des Krieges endlich in der Position, um die aus ihrer Sicht notwendigen Änderungen im Großküchenwesen in die Wege zu leiten. Sie betrachteten die öffentliche Massenverpflegung nicht mehr nur als Fürsorgemaßnahme, die in Zeiten der Not auf eine Verbesserung der Ernährungs- und Versorgungsverhältnisse hinwirken sollte. Im Sinne des *Social Engineering* wurde die Gemeinschaftsküche auch als ein zweckdienliches Instrument angesehen, mit dem die sozialdemokratische Rationalisierungspolitik unterstützt werden konnte. Im Mittelpunkt der Reformpolitik stand das Familienleben, das aus Sicht der Zeitgenossen infolge des Krieges aus den Fugen geraten zu sein schien und stabilisierende Maßnahmen verlangte. In den Fokus der Rationalisierungs- und Familialisierungskonzepte rückten die Doppelbelastung der erwerbstätigen Frauen und die damit einhergehenden Probleme der familiären Alltagsorganisation. Sie zielten auf eine Erleichterung der Hausfrauenarbeit, die mit Hilfe des sozialen Wohnungsbaus und des Ausbaus der sozialen Infrastruktur erreicht werden sollte. Die Gemeinschaftsküche wurde hierbei vielfach als »Ziel der Rationalisierung«<sup>6</sup> definiert, doch zugleich

3 Die beachtlichen Leistungen der ausländischen Kinderhilfsaktionen auf dem Gebiet der Massenverpflegung blieben in der Forschung lange unberücksichtigt. Neben der vorliegenden Arbeit erhalten sie gegenwärtig vor allem in den Studien von Mary Cox die wohlverdiente Aufmerksamkeit. Vgl. COX, Hunger. Sowie DIES.: »Working Relationships an their Effects on the American Feeding Program in Post-WW1 Vienna«, Vortrag im Rahmen des Forschungsseminars zur Neueren und Neuesten Geschichte des Deutschen Historischen Instituts Paris: Nouveaux Regards sur la Grande Guerre, Alimentation, Paris, 28. Februar 2020.

4 Nach dem Berliner USPD-Abgeordneten HINTZE, zitiert bei LEHNERT, Kommunale Politik, S. 58.

5 Vgl. BEBEL, Die Frau und der Sozialismus, S. 1130f.

6 DÖRRE, Lucy: »Die Verschwendung in der Wirtschaft«, in: *Frauenstimme*, 3. September 1925. Vgl. auch »Genossenschaftliche Organisation zur Erleichterung der Hausarbeiten«, in: *Die Gleichheit* 11,

aufgrund der negativen Erfahrungen aus der Kriegszeit auch innerhalb der Sozialdemokratie kontrovers diskutiert. Während die linke Sozialdemokratie nicht nur die entlastenden Effekte für die erwerbstätigen Frauen betonte, sondern auch die gemeinschaftsfördernden Aspekte der Großküche hervorhob, kritisierte der rechte sozialdemokratische Flügel ihre »familienschädigende« Wirkung. Letzterer gab technologischen Innovationen, die der zeitsparenden privaten Selbstverpflegung im Familienhaushalt dienten, den Vorrang. An der (städtischen) Gemeinschaftsverpflegung wurde dennoch festgehalten. Für die vielen erwerbstätigen Menschen und vor allem (Schul-)Kinder, die auf eine außerhäusliche Versorgung angewiesen waren, wollten die Sozialdemokraten ein gesundheits- und gemeinschaftsförderndes Verpflegungsangebot schaffen und die Massenverpflegung als festen Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge etablieren. Dabei standen die Verantwortlichen in Wien und Berlin vor enormen Herausforderungen, da sie abgewirtschaftete Kriegsküchensysteme übernahmen, die inmitten der anhaltenden Versorgungsnot reorganisiert werden mussten.

In beiden Städten stießen die kommunalen Massenküchen nach Kriegsende auf starke Ablehnung der Bevölkerung. Wenn sich Bewohner für die öffentliche Verpflegung entschieden und sie es sich leisten konnten, zogen sie Einrichtungen kommerzieller Speiseanbieter oder philanthropische Gemeinschaftsküchen den städtischen Großküchen vor. Von Seiten der Gemeinden bedurfte es großen Aufwands, um die kommunalen Verpflegungseinrichtungen vom Image der unbeliebten Kriegsküche zu befreien und der städtischen Massenverpflegung eine Zukunftsperspektive zu geben. Auch hier hatten die Wiener Behörden wieder die besseren Karten. Zwar schwand auch in Wien mit der abnehmenden Not in der Bevölkerung die massenhafte Inanspruchnahme der Küchen, womit sie als Notstandseinrichtungen an Bedeutung verloren. Doch anders als in der deutschen Hauptstadt, wo die Einrichtungen der städtischen Volksspeisung zu »Armenküchen« degradiert wurden, erlebte die Massenverpflegung im Nachkriegswien in anderer Form einen neuerlichen Aufschwung. Mit der WÖK als der größten Küchengesellschaft, den SCHWARZWALD-Küchen und den Mittelstandsküchen der *Mittella* A.G. existierten bis zur Mitte der 1920er Jahre gleich drei große Massenküchenbetreiber, deren Wurzeln im Ersten Weltkrieg liegen. Die aus den städtischen Kriegsküchen hervorgegangene WÖK, die sich gegenüber ihrer Konkurrenz durchsetzen konnte und bis in die 1970er Jahre im Wiener Stadtleben präsent blieb, entwickelte sich nach dem Krieg zu einem selbstständigen Erwerbsunternehmen, das sein Verpflegungsangebot auf die neuen Lebensverhältnisse und die damit verbundenen Bedürfnisse der Stadtbevölkerung auszurichten wusste. Zugleich gelang es der Gemeindeverwaltung die Schulspeisung zu etablieren, deren Vorbildcharakter von der Berliner Sozialdemokratie mit Bewunderung und auch nicht ohne Neid zur Kenntnis genommen wurde.<sup>7</sup> Dass die Entwicklung des Massenverpflegungswesens in Berlin nach dem Krieg abermals einen unterschiedlichen Verlauf nahm, lag nicht am mangelnden Gestaltungswillen der Berliner Sozialdemokraten.

In Berlin waren die Vertreter von USPD und SPD nicht in der Lage, eine umfangliche Reorganisation der Volksspeisung in die Wege zu leiten. Von Anfang an stand ihre Politik

---

(28. Februar 1919), S. 86–87, hier S. 87. SCHLESINGER, Therese: »Genossenschaften und Großhaushalt«, in: *Arbeiter-Zeitung*, 1. Juni 1921.

7 Vgl. u.a. »Die Frau in der sozialistischen Gemeinde«, in: *Vorwärts*, 24. Oktober 1925.

in Abhängigkeit von den bürgerlichen Kommunalbeamten der Stadtverwaltung, die kein Interesse daran hatten, noch mehr von den gering vorhandenen finanziellen Mitteln in das gescheiterte Massenverpflegungsprojekt zu investieren. Auch nachdem die Sozialdemokraten die entscheidenden Ämter in der Stadtverwaltung bekleideten, blieb ihr finanzieller und politischer Handlungsspielraum begrenzt. Für die Kommunalpolitik galt es mittlerweile, das Großküchenwesen für eine Viermillionenstadt zu organisieren. Die staatliche Steuerpolitik und die veränderten politischen Mehrheitsverhältnisse in der Republik bremsen den Gestaltungswillen der Berliner Sozialdemokraten auf dem Gebiet der Massenverpflegung aus. Unter den gegebenen Umständen waren die Umgestaltung der Volksspeisung und die Einführung einer umfangreichen Mittagsverpflegung an den Schulen während der gesamten Weimarer Zeit nicht mehr als gescheiterte Reformvorhaben. Damit knüpft der Werdegang der Berliner Großküchen nach 1918 nahtlos an die Entwicklung der Kriegszeit an. Auch wenn die Gründe für das Scheitern der sozialdemokratischen Reformpläne nach dem Krieg andere waren, gelang es dem organisatorisch-administrativen Handeln auf dem Gebiet der Massenverpflegung auch nach dem Krieg nicht, in angemessener Weise auf die soziokulturellen Verhältnisse in der Bevölkerung zu reagieren. Die Volksspeisung blieb ein unbeliebtes Relikt der Kriegszeit, das ausschließlich von mittellosen Bewohnern der Stadt in Anspruch genommen wurde

Geradezu erstaunlich erscheint demgegenüber die Entwicklung der öffentlichen Massenverpflegung in Wien. Angesichts des Zustandes, in dem sich die einstige Habsburgermetropole nach dem Krieg befand, stand es um die Aussichten auf eine baldige Erholung noch schlechter als in Berlin. In der vom Mangel beherrschten Stadt besaßen die sozialdemokratischen Gemeindevertreter kaum Mittel und Möglichkeiten, um das Überleben Wiens zu sichern. Doch wie bereits in den Kriegsjahren gelang es der Stadtverwaltung abermals, ihren begrenzten Handlungsspielraum effektiv zu nutzen. Dass die Erhaltung des Kriegsküchenwesens und dessen Umwandlung in moderne und sich wachsender Beliebtheit erfreuender Gemeinschafts- und Reformküchen gelang, war auf eine Reihe von Faktoren zurückzuführen, die sich zugunsten des sozialdemokratischen Reformvorhabens auswirkten:

1. Anders als in Berlin waren die Sozialdemokraten in Wien die unangefochten stärkste politische Kraft, die vergleichsweise schnell in die städtischen Behörden einzogen und ihre Politik weitgehend ohne außerparteiliche Kompromissfindung ausführen konnten.
2. Hinsichtlich des zu reorganisierenden Großküchenwesens ist auch den parallel einsetzenden ausländischen Massenverpflegungsprogrammen eine hohe Bedeutung beizumessen. Die internationalen Hilfsaktionen wurden nicht nur von den Wiener Bevölkerung dankbar angenommen, sondern halfen wie im Fall der US-amerikanischen Kinderhilfsaktion der Stadtverwaltung auch über die anfänglichen Schwierigkeiten bei der Neuorganisation der städtischen Küchen hinweg. Die Kooperation mit den US-Amerikanern förderte zudem einen »Imagewechsel« der Stadtküchen weg vom Kriegscharakter hin zu einem neuen »amerikanischen« Charakter, der sich positiv auf die Bereitschaft der Wiener zur Inanspruchnahme der Küchen auswirkte.

3. Für die Erhaltung dieses langfristig angelegten und kostspieligen Versorgungsangebots kam der Stadtverwaltung außerdem zugute, dass sie sich noch vor dem Machtverlust der SDAP auf Bundesebene die finanzielle Unterstützung des Staates für die WÖK sichern konnte. Mit dem städtischen Küchenunternehmen wurde schließlich die Umsetzung weitreichenderer Massenverpflegungspläne ermöglicht. Die Übernahme der Schul- und Kleinkinderspeisung in städtische Hand konnte vor allem deshalb realisiert werden, weil die WÖK die notwendige Infrastruktur bot.
4. Dass die Stadt zudem in der Lage war, die Schulspeisung zu finanzieren, verdankten die Sozialdemokraten wiederum der Steuerautonomie, die Wien als Bundesland besaß. Obwohl die Sozialdemokraten Gegner des Föderalismus waren, profitierten ihre Reformen in Wien von der mit ihm einhergehenden partiellen Finanzsouveränität.<sup>8</sup>
5. Mit Blick auf den wachsenden Zuspruch für die kommunalen Verpflegungsinitiativen über die Versorgungskrisen hinaus spielte neben all diesen organisatorischen Aspekten schließlich auch die Vorgeschichte der Massenverpflegung eine nicht zu unterschätzende Rolle. Das Wiener Massenverpflegungswesen der Kriegszeit war durch Vielfalt und Heterogenität gekennzeichnet. Trotz seiner Unzulänglichkeiten und Probleme, die von Seiten der Bevölkerung und den Sozialdemokraten berechtigterweise beklagt wurden, umfasste das Küchensystem auch einige Einrichtungen mit Vorzeigecharakter. Die mittelständischen Gemeinschaftsküchen des *Vereins zur Schaffung und Erhaltung von Gemeinschaftsküchen* fanden von Anfang an großen Anklang in der Bevölkerung und stießen aus gutem Grund auch nach dem Krieg auf starke Resonanz. Die Gemeinschaftsküche war, wie deren Mitbegründerin Eugenie SCHWARZWALD rückblickend hervorhob, mehr als eine Notspeiseeinrichtung, denn sie sprach die Wiener ebenso als alkoholfreies Unterhaltungsort und Wärmestube an, war ihnen »Lichtquelle« und »Oase in der Wüste«.<sup>9</sup> Mit ihrer Aufmachung und ihrer Leistung trafen die Gemeinschaftsküchen offensichtlich den Geschmack der Bevölkerung. Die auffallende Ähnlichkeit der WÖK-Lokale mit der Gemeinschaftsküche gibt zu erkennen, dass sich die Stadtverwaltung an den SCHWARZWALD-Küchen orientierte. Die veränderte wirtschaftliche und gesellschaftliche Situation im Blick, schufen die Wiener Sozialdemokraten schlussendlich ein Großküchensystem, das eine »zeitgemäße« und »innovatorische« Lösung des alltäglichen Versorgungsproblems der erwerbstätigen Bevölkerung darstellte.<sup>10</sup>

Nahezu alle der hier aufgeführten Aspekte trugen dazu bei, dass die »rote« Stadtregierung ihre Massenverpflegungsreformen umsetzen konnte. Einen Teil ihrer Entscheidungen, die der positiven Entwicklung der WÖK zuträglich waren, trafen die Verantwortlichen zum richtigen Zeitpunkt. Die meisten der ergriffenen Maßnahmen geben jedoch zu erkennen, dass die Sozialdemokraten die günstigen Umstände für ihre Zwecke zu nutzen wussten. Die für die Kriegszeit beobachteten Eigenschaften des organisatorisch-administrativen Handelns auf dem Gebiet der Massenverpflegung waren nach dem Krieg

8 Vgl. MADERTHANER, Das kommunale Experiment, S. 29.

9 Vgl. SCHWARZWALD, Eugenie: »Undankbare Arbeit«, in: *Neue Freie Presse*, 15. März 1925. Zitiert bei DEICHMANN, Leben mit provisorischer Genehmigung, S. 160–162, hier S. 161.

10 Vgl. HÖRANDNER, Zur Rolle, S. 89.

nicht minder präsent. Ähnlich wie in der Zeit des Krieges nutzte die Wiener Stadtregierung ihren begrenzten Handlungsspielraum maximal aus. Dabei war die Herangehensweise der Sozialdemokraten wie im Krieg durch Eigenständigkeit und vor allem durch Anpassungsfähigkeit gekennzeichnet. Damit sicherte sie schlussendlich den Fortbestand der WÖK bis weit über die Krisenzeiten der 1920er Jahre hinaus.

## 2| Einordnung und Bewertung der Ergebnisse

Der Werdegang der Wiener Massenverpflegung während des Krieges und in den Jahren nach seinem Ende erscheint sowohl mit Blick auf die allgemeine Entwicklung des deutschen und österreichischen Kriegsküchenwesens als auch in kulturgeschichtlicher Hinsicht bemerkenswert. Mit Kriegsbeginn wurden in allen größeren Städten Massenküchen eingerichtet. Die Kommunen betrieben einen enormen Aufwand und aktivierten alle zur Verfügung stehenden Kräfte, um möglichst viele Menschen auf diesem Wege zu versorgen. Gleichzeitig stießen die Kriegsküchen bei der Bevölkerung fast überall auf große Ablehnung und waren teilweise so schlecht besucht, dass sich einige Städte bereits im Krieg veranlasst sahen, ihre Massenverpflegungsaktivitäten zu reduzieren und mitunter einzustellen. Die Großküche, von der sich die staatlichen Behörden während des Krieges noch eine Lösung der Versorgungsprobleme versprochen, war aus Sicht vieler Zeitgenossen untauglich und unwirtschaftlich. Die mit ihr verbundenen Anstrengungen der Kommunen wurden als vertane Mühe angesehen. Auch von der Forschung, für die das Massenverpflegungswesen der Kriegszeit häufig nicht mehr als eine Randnotiz darstellte, erfuhren die Kriegsküchen bisweilen nicht die Anerkennung, die in Anbetracht ihrer Leistungen angemessen wäre. Werden die Kriegsküchen allgemein nur als Bestandteil der gescheiterten staatlichen Rationierungspolitik betrachtet, müssen sie zwangsläufig als misslungene Maßnahme angesehen werden. Aus dem Blick geraten hierbei jedoch die mit ihnen verbundenen Leistungen der Stadtverwaltungen und der sie unterstützenden Hilfskräfte, die es auf bemerkenswerte Weise schafften, der Bevölkerung Küchensysteme zugänglich zu machen, die von vielen Notleidenden angenommen wurde. Zwar gelang es keiner Kommune, ihre Bevölkerung flächendeckend durch Großküchen zu versorgen. Doch in einzelnen Fällen gab es Städte wie Wien, die mit ihrer Massenverpflegungsorganisation überdurchschnittlich viele Menschen ansprachen und dadurch zum Überleben großer Bevölkerungsteile beitrugen.

Aus kulturhistorischer Sicht erstaunt es, dass sich die öffentliche Massenverpflegung in Wien und nicht in Berlin etablierte. Hierbei rückt das Verhältnis der beiden Großstädte zueinander in den Mittelpunkt. Wien und Berlin waren nicht nur bedeutende Metropolen des 19. und frühen 20. Jahrhunderts, die sich bis zum Kriegsausbruch in politischer, gesellschaftlicher und kultureller Hinsicht ähnelten, sondern spätestens seit dem Ende des Deutschen Krieges 1866 mit ihrer Funktion als Hauptstadt auch Konkurrenten, die eine Reihe von Zeitgenossen zum Vergleich der beiden Städte bewogen. Kurz nach der Wende zum 20. Jahrhundert setzte unter in Wien und Berlin lebenden Feuilletonisten und Literaten eine umfangreiche Metropolendebatte ein, in der das Wesen und die Geschichte der beiden Städte gegenübergestellt und ihre Unterschiede und Gegensätze hervorgehoben wurden.